

DIE LINKE. Neukölln Mitgliedervollversammlung

2. September 2019

Tagungsunterlagen

Tagesordnung

1. Begrüßung und Konstituierung
2. Aussprache zur aktuellen politischen Situation
3. Berichte aus den Basisorganisationen
4. Bericht aus der Fraktion
5. Antragsberatung
6. Sonstiges

Veranstaltungsort:
Richard-Grundschule, Richardplatz 14, 12055 Berlin

Antrag A1

Einreicher*innen: Bezirksvorstand Neukölln

Die Bezirksmitgliederversammlung möge beschließen:

Zusammenkommen für ein solidarisches Neukölln

1 Wir wollen ein solidarisches Neukölln, in dem alle gut leben können. In den nächsten
2 Monaten werden wir deshalb viele unserer Aktivitäten fortsetzen: Wir sind regelmäßig vor
3 dem Jobcenter im Gespräch, kümmern uns um die sozialen Belange und engagieren uns für
4 bezahlbare Mieten. Wir bieten Beratungstermine in der Geschäftsstelle an, damit niemand
5 allein sein muss mit den Sorgen des Alltags. Wir setzen uns gegen Rassismus ein und dafür,
6 dass es endlich einen Untersuchungsausschuss zu den rechten Anschlägen in Neukölln gibt.
7 Wir gehen auf die Straße und engagieren uns für Klimagerechtigkeit: Im Rahmen der großen
8 Proteste am Klimastreiktag am 20. September, aber auch ganz konkret in Neukölln.
9

10 Dabei arbeiten wir mit Initiativen und vielen engagierten Menschen zusammen. Im Frühjahr
11 2020 wollen wir erstmals Mitglieder, Freund*innen, Bündnispartner*innen und Initiativen zu
12 einem **Festival für ein solidarisches Neukölln** einladen: Mit vielen Veranstaltungen zu
13 politischen Themen und einer ausgelassenen Feier am Abend. Wir wollen einen Ort
14 schaffen, an dem alle zusammenkommen können. An dem wir uns austauschen, politisch
15 bilden und strategisch überlegen, wie wir in verschiedenen Themenfeldern weitermachen –
16 aber eben auch zusammen feiern, essen, ins Gespräch kommen. Wir bilden eine
17 Arbeitsgruppe, in der das Festival weiter vorbereitet wird.
18

19 2020 werden außerdem die Weichen für das Jahr 2021 gestellt, in dem gleichzeitig die
20 Wahlen auf Bundesebene, Landesebene und im Bezirk angesetzt sind. Wir wollen weiter
21 daran arbeiten, DIE LINKE als Kraft des vielfältigen, widerständigen Neukölln aufzustellen.
22 Das bedeutet, unsere Basisstrukturen weiter zu stärken und zu diskutieren, wie unser
23 Programm und unsere Projekte für Neukölln aussehen sollen. Wir wollen aber auch weiter
24 über grundlegende Themen diskutieren: Was macht sozialistische Kommunalpolitik für uns
25 aus? Wie gehen wir mit Parlamentarisierung um? Wie muss eine linke Partei heute
26 aufgestellt sein? Hierzu organisieren wir in den kommenden Monaten eine Reihe von
27 Diskussionsveranstaltungen

Antrag A2

Einreicher*innen: BO Reuterkiez

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

Kein Abriss von Karstadt Hermannplatz: Verdrängung bekämpfen, Widerstand unterstützen!

1 Das Unternehmen Signa Holding des Investors René Benko will das Karstadt-Gebäude am
2 Hermannplatz abreißen. An seiner Stelle soll ein Hochhaus in den Formen des alten Karstadt-
3 Gebäudes von 1929 entstehen.

4 Die Verkaufsfläche würde enorm erweitert, die Fläche des Karstadt aber verkleinert werden.
5 Geplant sind u.a. ein Hotel, Gastronomie und hochpreisiger Einzelhandel.

6 Durch den Abriss würden über 200 Arbeitsplätze bei Karstadt und den derzeit untermietenden
7 Betrieben vernichtet.

8 Die vergrößerte Verkaufsfläche würde auch zu einer Zunahme des PKW-Verkehrs rund um den
9 Hermannplatz führen, d. heißt mehr Abgase und Zunahme des Parkplatzbedarfs.

10

11 Der österreichische Multimilliardär Benko steht überdies seit der „Ibiza-Affäre“ im Verdacht,
12 umfangreiche Spenden an die rechte FPÖ getätigt zu haben.

13 Benko versucht mit allen Mitteln, die Politik und die öffentliche Meinung auf seine Seite zu ziehen.

14

15 **Obwohl das Projekt auf Kreuzberger Seite entsteht, wären die Folgen für Nordneukölln**
16 **fatal:**

17

18 Das Riesenprojekt würde die Mietenexplosion weiter vorantreiben. Betroffen wären in erster Linie
19 die Gewerbetreibenden in Nordneukölln, doch der Aufwertungsdruck würde auch Bewohner*innen
20 treffen

21 Die Belastung der Gegend um den Hermannplatz durch Tourismus würde weiter steigen.

22 Der Abriss und Neubau ist ökologischer Wahnsinn, aller Schönrechnerei zum Trotz, denn:

23 Beim Abriss entsteht ein Schuttberg, der entsorgt werden muss;

24 der Neubau würde Mengen an Zement und Sand verschlingen.

25 Die Produktion von Beton erzeugt enorme Mengen an CO₂.

26

27 Die Initiative „**Hermannplatz-karSTADT ERHALTEN**“ hat sich zum Ziel gesetzt, den Abriss und
28 Neubau zu verhindern.

29 Unter dem Druck des Protestes sah sich der Neuköllner Bezirksbürgermeister bereits gezwungen,
30 von seiner anfänglichen Begeisterung etwas zurückzurufen.

31

32 Die Bezirksmitgliederversammlung unterstützt den Widerstand der Neuköllner*innen und der
33 Kreuzberger*innen gegen das Aufwertungsprojekt.

34

35

36 **DIE LINKE. Neukölln fordert daher:**

37 Kein riesiger Gewerbekomplex, keine Hotels, keine überteuerten Büroräume und keine
38 Luxuswohnungen!

39

40 **Stattdessen:**

41 - Lebenswerte Kieze für alle

42 - Wir wollen ein Stadtentwicklung, die sich an den Bedürfnissen der Bewohner der
43 Kieze um den Hermannplatz orientiert

44 - Kreuzberg und Neukölln dürfen nicht dem Gewinnstreben einer Krake wie der Signa
45 Holding zum Opfer fallen

46 - Der Denkmalschutz für das KARSTADT-Gebäude darf nicht aufgehoben werden

- 47 - Einhaltung des Hochhausentwicklungsplans von Friedrichshain – Kreuzberg, der
48 Bauten dieser Art in Gründerzeitquartieren ausschließt
49 - Eine geplante Umgestaltung des Herrmannplatzes darf nicht zur Verdrängung der vielen
50 Menschen gehen, die diesen Platz als Treffpunkt und Einkaufsmöglichkeit nutzen.
51

52

53

Bürgermeister Hikel glaubt, dass der Eigentümer Benko ernsthaftes Interesse an einem Dialog mit
54 allen Betroffenen hat.

55

56 **Wir sagen:**

57 Wir wollen keine Scheinbeteiligungen und Scheinmitsprachen:

58 Was wir wollen: Den Abriss des KARSTADT – Gebäudes verhindern!!!

59 Die Linke Neukölln begrüßt die Initiative „Hermannplatz-karSTADT ERHALTEN“, die sich gegen
60 den Abriss des Gebäudes ausspricht.

61

Antrag A3
Einreicherin: Marlis Fuhrmann

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

Karstadt-Gebäude erhalten, Kieze schützen – Kein Abriss, keine Shoppingmall, keine Verdrängung!

- 1 Wir lehnen die Pläne für den Abriss und Neubau des Karstadt-Gebäudes ab und fordern den
- 2 Bezirk auf, jegliche Planung zu unterbinden, die zu einer weiteren Verdrängung in Kreuzberg
- 3 und Neukölln führt.
- 4
- 5 Wir fordern, dass die umliegenden Kieze mit ihrer vielfältigen und diversen
- 6 Bevölkerungsstruktur erhalten, die lokalen Gewerbe geschützt und die Arbeitsplätze vor Ort
- 7 gesichert werden. Wir fordern eine behutsame Weiterentwicklung, die sich an den Bedarfen
- 8 und Problemen der aktuellen Nutzer*innen und Bewohner*innen orientiert. Wir wollen keine
- 9 Investorenträume verwirklichen, sondern die Stadt für alle. Die Pläne des Investors sind mit
- 10 dieser nicht in Einklang zu bringen und werden deshalb von uns abgelehnt.

Begründung

Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln sind Oasen für das Betongold. Kaufpreise und Mieten sind über Jahre angestiegen, wie an kaum einem anderen Ort in Deutschland. Trotz des massiven Verdrängungsdruckes sind die Nachbarschaften rund um den Hermannplatz noch heute von einer heterogenen, oft einkommensschwachen Bevölkerungsstruktur geprägt. Entsprechend hoch ist die Mietbelastung, die schon heute vielfach jedes vertretbare Maß sprengt. Ebenso prekär ist die Lage des oft inhabergeführten Gewerbes, welches in Form und Angebot noch mit den unterschiedlichen Bedürfnissen im Umfeld korrespondiert. Einen Schutz im (Gewerbe-)Mietrecht, wie ihn u.a. DIE LINKE in Berlin fordert, verweigert der zuständige Bundesgesetzgeber bislang. Die noch funktionierenden Kiezstrukturen sind somit schon jetzt akut gefährdet.

In diese prekäre Gemengelage platzen nun ehrgeizige Investorenträume. Mehrere hundert Millionen Euro sollen in den Abriss des Karstadt' und den Bau einer monumentalen, hochmodernen Shoppingmall mit protziger Fassade investiert werden. Die aktuellen Bewohner*innen und Nutzer*innen werden dem Investor solch massive Investitionen kaum versilbern können. Vielmehr ist ihre Verdrängung Voraussetzung dafür, dass das geplante Projekt sich trägt. Der durch die österreichische SIGNA-Gruppe geplante Konsumtempel wird somit zum Brandbeschleuniger im verdrängungsgeplagten Kreuzkölln.

Am unmittelbarsten wird das bestehende Gewerbe unter Druck geraten. Kommt es zum Abriss und einer jahrelangen Großbaustelle ist vom Verlust der Arbeitsplätze bei Karstadt und den derzeit untermietenden Betrieben auszugehen. Mittelfristig werden Baustelle und Prachtbau das umliegende Kleingewerbe nicht minder unter Verdrängungsdruck setzen. Mit ihrer Existenz wird gleichzeitig die adäquate, wohnortnahe Alltagsversorgung der Bewohner*innen gefährdet. Unmittelbare Folgen sind für die – ohnehin strapazierte – Versorgung mit leistbarem Wohnraum, sozialer und kultureller Infrastruktur zu erwarten. Alle diese Bereiche werden der eskalierenden Preisdynamik und Verwertungslogik ausgesetzt und in ihrer Existenz bedroht.

Es ist darüber hinaus nicht einzusehen, warum massiv Ressourcen für den Abriss eines – im Übrigen teilweise denkmalgeschützten – Gebäudes und den monumentalen Wiederaufbau verschleudert werden sollen, wo eine zeitgemäße Instandsetzung vorzuziehen wäre.

Ebenfalls ist es umwelt- und sozialpolitisch nicht vertretbar, weitere Standorte im Bezirk aufzubauen, die das ohnehin schon große Problem des Overtourism noch befördern. Zu guter Letzt ist das Projekt auch städtebaulich äußerst fragwürdig: Die Planung sprengt in ihrer Dominanz nicht nur jede angemessene Größenbeziehung am Hermannplatz, sondern sieht auch eine historisierende Architektur vor, die den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht gerecht wird und einer Disneylandisierung des Kiezes Vorschub leistet.

Antrag A4

Einreicher*innen: Maria Kanitz, Nico Unkelbach (beide BO 44)

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Halbzeitstand R2G und Vorbereitung auf kommende Wahlen

- 1
 - 2
 - 3
 - 4
 - 5
 - 6
 - 7
 - 8
 - 9
 - 10
 - 11
 - 12
 - 13
 - 14
 - 15
 - 16
 - 17
 - 18
1. Die Bezirksverordnetenfraktion wird beauftragt eine Broschüre über die letzten beiden Jahre ihrer parlamentarischen Arbeit zu veröffentlichen.
 2. Der Inhalt der Broschüre ist dazu geeignet im öffentlichen Austausch über die Erfolge und Ziele der Arbeit der BVV-Fraktion aufklären und für ihre Programmatik werben zu können.
 3. Der Bezirksvorstand wird beauftragt zur nächsten Bezirksmitgliederversammlung eine graphische Übersicht über die Mitglieder- und Finanzentwicklung des Bezirksverbands von Beginn des Wahlkampfs bis zum Termin der kommenden Mitgliederversammlung vorzubereiten.
 4. Der Inhalt der Übersicht bei der Mitgliederentwicklung beinhaltet u.a. jeweils nach Monaten die Gesamtmitgliederzahl, die Ein- und Austritte und die durchschnittliche Zugehörigkeitszeit der ausgetretenen Mitglieder pro Jahr. Die Austritte sind möglichst nach Parteiaustritt, Umzug/Bezirksverbandswechsel und Tod zu gliedern.
 5. Der Inhalt der Übersicht bei der Finanzentwicklung beinhaltet u.a. Ausgaben Zweites Halbjahr 2018, erstes Halbjahr 2019 (gestaffelt nach Basisorganisationen, neuköllnisch und Veranstaltungen), die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge sowie Spenden, die Abgaben an den Landesverband.

Begründung:

Um die Weichen für die kommenden Wahlen, sowohl auf Bezirks- , als auch auf Landesebene zu stellen, soll eine statistische Übersicht, sowie eine Halbzeitbilanz der bisherigen Legislaturperiode dazu dienen, sich einen Überblick über die Erfolge der jetzigen Legislatur zu schaffen. Darüber hinaus kann auf Grundlage dieser Übersichten nicht nur eine Vergegenwärtigung des bisher vollbrachten veranschaulicht werden, sondern auch langfristig gesteckte Ziele weiter - vor allem in Bezug auf die nächste Legislatur und Kontinuitäten - ausgebaut werden. Des Weiteren können somit die Öffentlichkeitswirksamkeit und Strukturen der Linken Neukölln gestärkt werden.

Antrag A5

Einreicher*innen: Nico Unkelbach, Oliver Helm, Maria Kanitz (alle BO 44)

Gedenken und Lernen am historischen Ort: Das Zwangsarbeiterlager des Jerusalem- und Neuen Gemeinde Friedhofs an der Hermannstraße

Die Bezirksmitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 1. Die LINKE Neukölln setzt sich für das Vorhaben des Gedenkens am historischen Ort auf
2 dem Gelände des Kirchhofs Jerusalem und Neue Kirche V zwischen Hermannstraße und
3 Netzestraße, ein.
- 4 2. Bezirksvorstand und Bezirksfraktion werden beauftragt zusammen mit den Mitarbeitenden
5 der Gedenkstätte für kirchliche Zwangsarbeit auf dem St. Thomas-Friedhof, dem Friedhof
6 der Jerusalems- und Neuen Kirchengemeinde sich für eine Wiedersichtbarmachung der
7 Fläche des Originallagers einzusetzen und ausdrücklich die Themensetzung in der
8 Neuköllner BVV zu begehen.
- 9 3. Die LINKE Neukölln fordert das Land Berlin dazu auf, das gegenwärtige Ruhen des
10 Flächennutzungsplan-Verfahren zu beenden und Vorschläge sowie Lösungen für einen
11 Umgang mit dem historischen Ort, dessen Sichtbarmachung und Einbindung in das
12 Konzept der [Berliner] Gedenkstättenpädagogik zu erreichen
- 13 4. Wir stehen als Neuköllner LINKE dafür ein, dass das Zwangsarbeiterlager verschiedener
14 kirchlicher Gemeinden Berlins als Lern- und Begegnungsort konzipiert wird und werben
15 darüber hinaus für das Aufsuchen des Gedenk- und Lernortes durch Neuköllner Schulen.
- 16 5. Der Bezirksverband nimmt das Gedenken der christlichen Gemeinden an das
17 Zwangsarbeiterlager in seinen jährlichen Aktionskalender auf und beteiligt sich an ihm,
18 sowie wirbt für eine Teilnahme gegenüber Mitgliedern und Sympathisant*innen.
19

Begründung:

Über 100 aus der Ukraine und Russland verschleppte männliche Zivilisten, darunter Minderjährige, mussten von 1942-1945 in einem Lager der Kirche auf einem Friedhof unter menschenunwürdigen und lebensbedrohlichen Umständen leben. Durch das Zeichen OST an der Kleidung diskriminiert und isoliert, leisteten sie als Totengräber Zwangsarbeit auf Friedhöfen für 39 evangelischen und drei katholische Kirchengemeinden in ganz Berlin. Die Friedhofsgemeinden beabsichtigen sich weiterhin mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen, doch werden ihr von der Zählgemeinschaft in der Neuköllner BVV Steine in den Weg gelegt. Bis jetzt gibt es lediglich einen kleinen Gedenkstein und einen Informationspavillion, der an die Zwangsarbeiter auf dem Friedhof während des Zweiten Weltkriegs auf dem benachbarten Friedhofsgelände erinnert. Am historischen Ort gehen Überreste der Originalbaracken und eine einzelne Informationstafel weitgehend unter. In Anbetracht der Verantwortung gegenüber der deutschen Geschichte gilt es auch diesen Ort und seine gedenkstättenpädagogische Arbeit zu stärken.

Antrag A6

Antragstellerin: Doris Hammer, Mitglied Fraktion DIE LINKE in der BVV Neukölln

Antrag an die MVV zum Bezirksdoppelhaushalt 2020/21.

Wie soll sich die Fraktion DIE LINKE in der BVV Neukölln bei der Abstimmung am 11. September 2019 zum bezirklichen Doppelhaushalt 2020/2021 verhalten?

- 1 Der Bezirkshaushalt von Neukölln umfasst für das
- 2 Jahr 2020 die Summe von 973 567 200 Euro und für das
- 3 Jahr 2021 die Summe von 985 335 200 Euro.
- 4
- 5 Die Fraktion DIE LINKE wird im Rahmen der Haushaltsberatungen eine Reihe von
- 6 Änderungsanträgen zur Verwendung der Mittel aus dem Bereich der politischen
- 7 Schwerpunkte stellen.
- 8
- 9 In den vergangenen Haushaltsberatungen sind alle Änderungsanträge der LINKEN immer
- 10 abgelehnt worden und die Fraktion DIE LINKE hat gegen die Haushalte gestimmt.
- 11
- 12 Empfiehlt die Mitgliedervollversammlung der Fraktion den vom Bezirksamt Neukölln
- 13 vorgelegten Haushalt
- 14
- 15 - zuzustimmung,
- 16 - abzulehnen oder
- 17 - sich zu enthalten.

Begründung:

Die allergrößten Teile der Gelder des Haushaltes sind Mittel, auf die die BVV keinerlei Einfluss hat. Die Transferausgaben werden direkt vom Land an die Bezieher*innen weitergegeben.

Die Einnahmen kommen zum allergrößten Teil vom Land Berlin. 80 Prozent sind direkt vom Land. Der Rest sind Mittel vom Bund und sonstige Zuweisungen und Einnahmen aus Gebühren.

Durch den Verkauf von Liegenschaften gibt es kaum noch nennenswerte Einnahmen.

Im Jahre 2020 verteilen sich die Ausgaben wie folgt:

- 73 Prozent der Mittel für Transferzahlungen
- 12 Prozent Personalmittel
- 8 Prozent Sachausgaben
- 4 Prozent Verrechnung von Kalkulatorischen Kosten
- 3 Prozent Investitionsausgaben

Für den Bezirk soll es im Doppelhaushalt ca. 50 neue Stellen (VZÄ) geben.

Nur auf den kleinsten Teil des Haushaltes hat die BVV Einfluss.
Nachfolgend die sogenannten Politischen Schwerpunkte des Bezirks Neukölln für den

Bezirksdoppelhaushalt 2020/21

Umsetzung von Klimakzepten für die Bürodienstgebäude	900 000 Euro
Sicherheitskonzept für das Rathaus Neukölln Stufe 3/5	900 000 Euro
Schulausstattung gem. § 7 SchulG	950 000 Euro
Aufstockung der Leistungsverträge §§ 11, 13, 16 SGB VIII	585 000 Euro
"Grünes Neukölln"; Neuköllner Grünanlagen	400 000 Euro
Projekt Tagesreinigungskräfte an Schulen	390 000 Euro
Finanzierung von Maßnahmen 2020 aus der Bürgerbeteiligung zum Haushalt (davon mind. 100 T€ SGA - relevante Maßnahmen)	350 000 Euro
Neukölln macht Bildung	200 000 Euro
Suchthilfe	128 000 Euro
Erweiterung Schulstationen	105 000 Euro
Präventionskette	100 000 Euro
Umzug der Bezirkskasse	100 000 Euro
Einrichtung einer Sozialräumlichen Planungskoordination	75 000 Euro
Mittel für das Personalmarketing des Bezirksamtes Neukölln	70 000 Euro
100 Jahre Groß-Berlin - 100 Jahre Bezirk Neukölln	65 000 Euro
Umsetzung Mobilitätsgesetz	55 000 Euro

Bei den Politischen Schwerpunkte konnte in der Vergangenheit der Bezirk eigene Akzente setzen

Antrag A7

Einreicher*innen: Sarah Nagel, Moritz Wittler (Bezirkssprecher*innen)

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Wohnen bezahlbar machen, Mietendeckel verteidigen

- 1 Die Mieten in Berlin explodieren, Neukölln ist besonders betroffen. Nun liegt der Entwurf von
- 2 Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher für einen Mietendeckel vor, der die Mieten für
- 3 fünf Jahre einfrieren und den Quadratmeterpreis auf knapp 8 Euro begrenzen soll.
- 4 Der geplante Mietendeckel wird von der Immobilienlobby angegriffen, die von den hohen
- 5 Preisen profitiert und viel zu verlieren hat. Auch Oberbürgermeister Müller rudert jetzt schon
- 6 zurück.
- 7 DIE LINKE Neukölln begrüßt den jetzigen Entwurf und setzt sich dafür ein, den Mietendeckel
- 8 gegen Angriffe von Immobilieneigentümern, CDU, FDP, SPD und anderen zu verteidigen.
- 9 Wir beteiligen uns dazu auch an Aktivitäten der Mieterbewegung, ohne die der Mietendeckel
- 10 gar nicht möglich gewesen wäre. Nicht nur die Berlinerinnen und Berliner haben viel zu
- 11 gewinnen: Wenn der Mietendeckel beschlossen wird, kann er ein Beispiel für Initiativen weit
- 12 über Berlin hinaus sein.